

Haushaltsentwurf 2024 – die Zeichen stehen auf Sparkurs

Die Landesregierung setzt mit ihrem Haushaltsentwurf für 2024 ein deutliches Sparsignal. Nahezu alle Einzel-etats müssen Kürzungen vornehmen. Davon sind lediglich der Bildungs- und – allerdings in deutlich geringerem Maße – der Etat des Innenministeriums ausgenommen. Der Gesamthaushalt weist Ausgaben von 101,9 Milliarden € aus, dies ist eine Steigerung um 7,2 Milliarden € bzw. ca. 7,6 % gegenüber 2023 (inklusive Nachtragshaushalt). Davon entfallen allerdings 3 Milliarden € alleine auf die Schuldentilgung für den Corona-Rettungsschirm NRW. Der Polizeihauhalt, der im Einzelplan des Innenministeriums enthalten ist, sieht Ausgaben in Höhe von 4,06 Milliarden € vor.

Andreas Nowak

Damit steigt dieser zwar nominell um ca. 5,2 Millionen €, enthält aber einige Budgetposten, die gekürzt wurden. Die reinen Personalkosten (ohne Versorgungsleistungen) im Bereich der Polizei sollen auf 3,02 Milliarden € steigen (2023: 3,01 Milliarden €). Die Sachausgaben werden jedoch auf 1,039 Milliarden € sinken und damit um 4,4 Millionen €. Bei den Planstellen soll es im Jahr 2024 ein Plus von 445 geben, bei den Stellen für Regierungsbeschäftigte lediglich ein Plus von 6!

Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk beschrieb den Haushaltsplan bei der Einbringung in den Landtag so: „Mit unserem Etatentwurf setzen wir wichtige Impulse für die Zukunft unseres Landes. Wir stellen unter Beweis, dass man auch unter schwierigen Rahmenbedingungen politisch gestalten und gleichzeitig keine neuen Schulden machen kann.“ Am 17. Oktober fand im Unterausschuss Personal des Landtags eine Expertenanhörung zum Haushaltsentwurf 2024 statt. Auch die GdP NRW hatte die Möglichkeit, ihre Positionen, Anmerkungen und Forderungen vorzutragen, und äußerte ins-

besondere ihre Bedenken mit Blick auf den Polizeibereich.

Viel wurde in die Organisation Polizei investiert, nicht in die Beschäftigten

Grundsätzlich trifft es zwar zu, dass in den vergangenen Jahren viel in die Polizei investiert wurde. Dies galt bedauerlicherweise aber nur für die Organisation Polizei, nicht jedoch für die Beschäftigten in der Polizei. Mit Ausnahme einiger Stellenhebungen im letzten Jahr, die zu geringfügig verbesserten Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 geführt haben, ist leider nicht viel passiert. Weder wurde die Wochenarbeitszeit oder die Zulagen angegangen noch wurden attraktive Konditionen für Langzeitarbeitskonten oder gar ein Ruhestandskorridor auf den Weg gebracht.

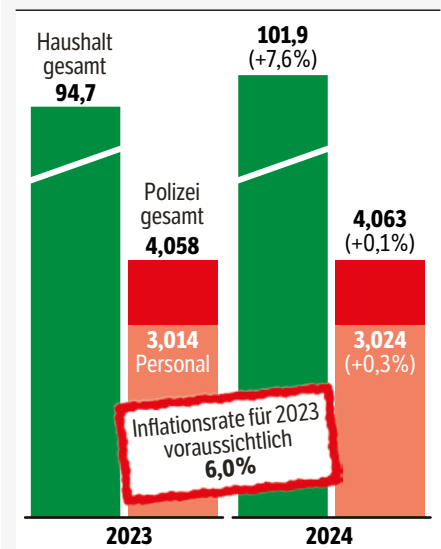
Im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz, wesentlich mehr Wert auf Work-Life-Balance zu legen, wurde in der Attraktivitätsoffensive allen Ernstes eine nochmalige Erhöhung der Wochenarbeitszeit zur Grundlage gemacht, anwachsende Mehrarbeits-Berge in ein Langzeitarbeitskonto einfließen zu lassen. Und im Hinblick auf die

bereits bestehenden Stundenberge wird den Beschäftigten jetzt sogar damit gedroht, dass diese Stunden ab 2024 zu verfallen drohen, zumindest Teile davon. Die GdP hat in den vergangenen Jahren in ihren Stellungnahmen zu den jeweiligen Haushaltsplänen fast gebetsmühlenartig Vorschläge und Forderungen vorgetragen. Fast alle Forderungen blieben ungehört. Und die Forderungen waren weder unangebracht noch unverhältnismäßig. Die Chance, die Polizei jetzt aber auch zukünftig als Arbeitgeber attraktiver zu machen, wurde jedenfalls vergeben.

Nun werden die Zeichen im Haushaltsplan deutlich auf Sparkurs gesetzt. Landesvorsitzender Michael Mertens sagte dazu in der Anhörung: „Wenn die Zeichen auf Sparkurs stehen, werden die Beschäftigten immer hellhörig, denn dann sind Politiker gerne bereit, von den Beschäftigten einen besonderen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu verlangen.“ Als Beispiel nannte er die als „zeitlich befristete Maßnahme“ betitelte Erhö-

Haushaltsentwurf 2024

Im Haushalt 2024 ist der Polizei-Etat einer der wenigen Unteretats, die im Vergleich zum Vorjahr noch etwas wachsen. Die Inflation kann das Mini-Plus aber nicht abfedern.





Die GdP begrüßt, dass auch 2024 wieder 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden sollen. Alle an der Ausbildung beteiligten Bildungsträger müssten dafür aber ertüchtigt werden – personell und mit Sachausstattung.

Foto: GdP



Die ganze Stellungnahme unter gdp-nrw.de/Aktuelles/Positionen.



hung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden bei den Beamten. Zeitlich befristet bedeutet hier mittlerweile 20 Jahre, so Mertens weiter.

Ausreichend Vorsorge für Tarifrunde treffen

Die GdP unterstrich in der Anhörung noch einmal, wie wichtig es gerade jetzt sei, ausreichend Vorsorge für die bevorstehende Tarifrunde zu treffen. In Anbetracht der inflationsbedingten Einbußen der letzten zwei Jahre und der mageren Tarifrunde 2021 ist eine deutliche Verbesserung der Gehälter und Bezüge dringend erforderlich. Die Messlatte sollte hier der Abschluss im TVöD sein. Um einen solchen Abschluss finanzieren zu können und eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme auf den Beamtenbereich zu gewährleisten, sollten entsprechende Mittel eingestellt werden. Und für die GdP ist es selbstverständlich, dass die Pensionärinnen und Pensionäre hier nicht außen vor bleiben dürfen.

Im Einzelnen begrüßte die GdP in ihrer Stellungnahme die auch im Jahr 2024 vorgesehene Einstellung von 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter. Wies aber darauf hin, dass an der Qualität der Ausbildung keine

Abstriche gemacht werden dürften und die an der Ausbildung beteiligten Bildungsträger entsprechend ertüchtigt werden müssen – personell und mit ausreichender Sachausstattung.

Weiteres Thema der Stellungnahme waren die Zulagen. Weder die für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wichtige Polizeizulage noch die meisten Erschwerniszulagen wurden in den letzten Jahren erhöht. In jüngster Zeit sind einige dieser Zulagen aber sowohl in einigen Bundesländern als auch auf Bundesebene deutlich angehoben worden (Polizeizulage: Niedersachsen nach einer Dienstzeit von zwei Jahren aktuell 180 €, in Bayern rund 168 € im Monat, Bund: 228 €; NRW: rd. 130 €). Im Gegenteil hat das zuständige Finanzministerium im Rahmen der in der vergangenen Wahlperiode durchgeführten sogenannten Attraktivitätsoffensive mit Blick auf das Zulagenwesen festgestellt, dass kein Handlungsbedarf gesehen werde. Dies stellt kein Zeichen der Wertschätzung dar!

Bei den Lebensarbeitszeitverlängerungen in der Laufbahngruppe 2.1 (vormals g. D.) soll das Programm von 500 möglichen Verlängerungen „mit hälftigem Budget“ weitergeführt werden. Eine Aussage, die die GdP nicht nachvollziehen kann. Wenn es die Möglichkeit geben soll, bis zu 500 Lebens-

arbeitszeitverlängerungen auszusprechen, dann muss dazu auch das notwendige Budget bereitgestellt werden.

Einige Kürzungen im Sachhaushalt

Im Bereich des Sachhaushaltes sind einige Kürzungen enthalten (z. B. IuK-Technik: –5 Millionen €; Digitalfunk: –20 Millionen €). Es fällt auf, dass explizit keine Mittel für das weitere Roll-out der Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) vorgesehen sind. Und dies, obwohl im Jahr 2024 die Evaluierung stattfinden wird. Hier drängt sich der Verdacht auf, dass das politisch gewollte Ergebnis dieser Evaluierung haushalterisch bereits vorweggenommen wird.

Auffällig ist ebenso, dass der Ansatz für Dienst- und Schutzbekleidung auf 3,04 Millionen € gesenkt wurde. Grund sei eine Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Eine Aussage, die in krassem Gegensatz zu den Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft steht. Selbst bei alltäglichen Bekleidungsteilen sind diese teilweise nicht zu bekommen und die Kolleginnen und Kollegen versuchen, diese privat zu beschaffen. ■

Sparkurs kommt zur Unzeit



5 Millionen €, so viel wird die Landesregierung der Polizei in NRW im Jahr 2024 laut Haushaltsentwurf mehr zugestehen als 2023. Ein Plus von 0,1 % – und das bei einer zu erwartenden Inflationsrate von 6 %. Immerhin ist der Polizeietat einer der wenigen Untertats, der in der Summe ohne Kürzungen auskommt. In einzelnen Bereichen soll aber sehr wohl der Rotstift angesetzt werden. Der Digitalfunk ist ein Beispiel.

Auch bei der für die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen wichtigen Dienst- und Schutzkleidung soll gespart werden. Und fürs DEIG, einem eminent wichtigen Mittel der Eigensicherung, stehen keine Gelder bereit. Wie passt das zu der Tatsache, dass das Land selbst die Kampagne „Sicher im Dienst“ betreibt? Scheinbar darf die Sicherheit nichts kosten...

Die Zeichen stehen also auf Sparkurs. Da werden Beschäftigte des öffentlichen Dienstes immer unruhig. Denn Politiker verlangen ihnen dann gerne „zeitlich befristete Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung“ ab. Ein solches, angeblich befristetes Sonderopfer wurde gerade 20 Jahre alt: die 41-Stundenwoche für Beamtinnen und Beamte (statt 38,5). Seit Jahren warten die Beschäftigten darauf, dass bei den wöchentlichen Arbeitszeiten sowohl der

Beamten als auch der Tarifbeschäftigten die Weichen endlich in Richtung Absenkung gestellt werden. Doch der Arbeitgeber weigert sich beharrlich.

In Zeiten, in denen die Work-Life-Balance immer wichtiger wird, ein absolutes Unding.

Ja, es stimmt: Jahrelang hat die Landesregierung viel in die Polizei investiert – aber leider nur in die Organisation Polizei, nicht in die Beschäftigten! Abbau der Überstundenberge durch Langzeitarbeitskonten, Ruhestandskorridor, Zulagen rauf, deutliche Erhöhung der A13er und A12er-Stellen. Dies alles sind Forderungen, die die GdP immer wieder vorgetragen hat. Passiert ist nichts. Zudem steht jetzt eine Tarifrunde an. Die Beschäftigten, Regierungsbeschäftigten und Beamte, aber auch die Pensionäre erwarten zu Recht ein deutliches Plus im Portemonnaie. Die Landesregierung aber stellt jetzt die Schuldenbremse ins Zentrum ihrer Überlegungen. Nach der dringend nötigen Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes hört sich das nicht an.

TARIF

Gewerkschaften zeigen klare Kante

Alle Augen auf Potsdam: Am 26. Oktober, nach Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe, haben dort die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder begonnen. Es geht um viel – zuvorderst um die Menschen, die treu ihre Arbeit oder ihren Dienst versehen und ohne die kein Staat zu machen wäre. Es geht um Fairness und Wertschätzung, um hohe Lebenshaltungskosten und Nachholbedarf – aber es geht eben auch um Fachkräftemangel, um die Zukunft des öffentlichen Dienstes an sich.

Mit ihrer 10,5-Prozent-Forderung beweisen GdP, Verdi, GEW und IG Bau klare Kante. Mindestens 500 Euro mehr sollen im Mo-

nat rumkommen (Auszubildende: 200 Euro) – und das bei einer Tarifvertragslaufzeit von 12 Monaten. „Aus unserer Sicht gibt es da nicht groß zu verhandeln“, sagt GdP-Tarifexpertin und stellvertretende Landesvorsitzende Jutta Jakobs. Das Leben werde immer teurer. Und die Spanne zu Löhnen bei Bund und Kommunen sowie in der freien Wirtschaft dürfe nicht noch größer werden.

An der Entschlossenheit der Beschäftigten soll niemand zweifeln

„Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei: Die Politik muss jetzt zeigen, was ihr der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten wert sind“, erklärt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Die GdP setzt auf rasche und konstruktive Verhandlungen mit den Arbeitgebern. An der Entschlossenheit der Beschäftigten solle allerdings niemand zweifeln.

Klar ist für die GdP, dass ein Tarifiergebnis umgehend 1:1 auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden muss. ■



Aktuelle Infos zur Tarifrunde unter:

Zeit zu handeln! GdP geht mit klaren Forderungen in die Tarifrunde! - Gewerkschaft der Polizei Grafik: GdP



TARIF Botschafter

Foto: privat

Tharmeelan Krishnakumar, 31 Jahre

Kripo-Beamter

„Das Leben wird immer teurer – Löhne und Besoldung müssen rauf, dringend!“



TARIF Botschafter

Foto: privat

Heinz-Josef Diecks, 60 Jahre

Hausmeister

„Ein kräftiges Lohnplus muss her, damit die Rente später zum Leben reicht!“



TARIF Botschafter

Foto: privat

Pascal Werth, 26 Jahre

Regierungsbeschäftigter

„Gute Leute müssen gutes Geld verdienen – und brauchen Perspektiven.“





Für die GdP ist klar: Die Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte muss endlich wieder runter! Langzeitarbeitskonten können ein gutes Instrument für den Einstieg in die Reduzierung sein.

Foto: GdP

Fachkräftemangel: FDP schlägt Alarm

Gemeinsam mit dem Haushalt wird im Landtag auch ein Antrag der FDP zum Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst beraten. Die GdP NRW wird als Sachverständige die Interessen unserer Kollegen vertreten. Im griffig formulierten Antrag wird dabei eingefordert, dass die Landesregierung die „Attraktivitätsoffensive“ der letzten Legislaturperiode fortsetzt. Die GdP wird die Gelegenheit im Landtag nutzen, um auf die weiterhin bestehenden Probleme in der Polizei NRW hinzuweisen.

„Attraktivitätsoffensive“ von CDU/FDP war ein Reinfall

Neben der unverändert überlangen Wochenarbeitszeit hat sich auch bei Besoldung und Zulagenwesen zu wenig getan. Die Polizeizulage wurde ebenso wenig erhöht wie der DuZ, der zwischenzeitlich für viele Kollegen nur noch als Hohn wahrgenommen wird. Wie es besser geht, hat die GdP mit einem umfassen-

den Positionspapier aufgezeigt. Andere Bundesländer sind hier schon deutlich weiter. Die Gefahr für NRW, im direkten Vergleich immer weiter abgehängt zu werden, steigt. Klar ist aber auch: Die in dem Antrag gelobte „Attraktivitätsoffensive“ der letzten Legislaturperiode war aus Sicht der GdP ein absoluter Reinfall. Einzig spürbare Neuerung war die Einführung von Langzeitarbeitskonten. Was als Instrument zum Einstieg in die Reduzierung der Wochenarbeitszeit hätte genutzt werden können, wurde genau gegenteilig festgeschrieben.

Die Langzeitarbeitskonten beinhalten die Möglichkeit der „freiwilligen Erhöhung“ der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden. Neben den zu restriktiven Entnahmemöglichkeiten ein Grund dafür, dass die Konten nur sehr zögerlich genutzt werden. Auch hierauf hatte die GdP im Einführungsprozess immer wieder hingewiesen. Für den Tarifbereich steht die Einführung aufgrund elementarer ungeklärter Fragen weiterhin aus. Da fällt es dann kaum noch ins Gewicht, dass auch knapp zwei

Jahre nach Einführung der Rechtsgrundlagen immer noch keine technische Möglichkeit zur Buchung der Stunden besteht.

Macht die aktuelle Landesregierung es besser?

Die aktuelle Landesregierung möchte den Prozess dennoch aufgreifen und hat eine „Modernisierungsoffensive“ für den öffentlichen Dienst ins Leben gerufen. Die Forderungen liegen auf dem Tisch, sie müssen nun angegangen werden. Erste Signale sind dabei positiv: Allen Beteiligten ist klar, dass strukturelle Verbesserungen Geld kosten. Ob der Prozess Früchte tragen wird, werden die anstehenden Gespräche zeigen.

Für die GdP ist aber klar, dass man den Prozess nur begleitet, solange tatsächlich die Interessen unserer Kollegen im Mittelpunkt stehen. Für Schaufensterpolitik hingegen werden wir uns nicht instrumentalisieren lassen. **Er tugur Ulas**

Mehr als 90 Prozent der neuen Kolleginnen und Kollegen in die GdP eingetreten

Das ist riesig: Bis Oktober hatten sich bereits 2.836 der neu eingestellten jungen Kolleginnen und Kollegen für eine Mitgliedschaft in der GdP entschieden. Das waren insgesamt

exakt 92 Prozent (!) der zum 1. September bei der Polizei in NRW eingestellten Kommissarinnen und -anwärter sowie Regierungsinspektorenanwärterinnen und -anwärter. Und: Es kommen immer noch Mitgliedsanträge nach ...

Unsere Botschaft an die jungen Kolleginnen und Kollegen: Toll, dass Ihr Euch für die GdP entschieden habt! Sie setzt sich für Eure Interessen ein und begleitet Euch verlässlich durchs Studium und später durch den Berufsalltag. Bringt Euch ein, mischt Euch ein! Eine Gewerkschaft lebt vom Mitmachen.

Unsere Botschaft an die ehrenamtlichen Helfer aus den Kreisgruppen vor Ort: Danke für Euren tollen Einsatz bei der Mitgliederkampagne 2023! Dieser Erfolg ist Euer Erfolg. Ihr habt

seit Wochen dafür gearbeitet. Erste Vorbereitungen für die Mitgliederkampagne laufen immer bereits im Juni an.

Viele gute Argumente für die GdP

Ein Grillfest, ein Sommerfest, Erstsemesterpartys, „Schultüten“ zur Begrüßung, und, und, und ... In allen Einstellungsbehörden hatten sich die GdP-Aktiven etwas einfaches lassen für die Anwärterinnen und Anwärter. Das Wichtigste: miteinander ins Gespräch kommen.

Für die GdP gibt es viele gute Argumente: die starke Gemeinschaft etwa, der Rundum-Versicherungsschutz, die enge Begleitung im Studium und vieles mehr. Einmal mehr stellt sich heraus: Viele unsere Neumitglieder haben die GdP sprichwörtlich „in der Familie“. Vater und oder Mutter und oder die Großeltern sind bereits Mitglied. ■



Mit Schultüten begrüßte die Kreisgruppe Duisburg die neuen Anwärterinnen und Anwärter. Foto: Uyama/GdP



GdP rüstet sich für Personalratswahl 2024

Die ausnahmslos von der GdP geführten Personalräte bei der Polizei in NRW leisten tolle Arbeit. Sie sind nah bei den Kolleginnen und Kollegen, engagiert und kompetent. Behördenleitungen wissen, wie hartnäckig diese Personalräte sein können – und, wenn es sein muss, auch wie unangenehm. Klare Ansage der GdP: Wir wollen das fortsetzen!

Vom 14. bis 17. Mai 2024 stehen die nächsten Personalratswahlen an. Die GdP will an den historischen Erfolg von 2021 anknüpfen: Damals hatte sie erstmals die Mehrheit in allen Polizeibehörden errungen. „Das wollen wir verteidigen“, kündigt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz an.

Warum? Weil die GdP die starke Stimme für alle Polizeibeschäftigten ist, weil sie großartige Kolleginnen und Kollegen für die PR-Arbeit in ihren Reihen hat, weil sie – wenn es nötig ist – den Finger in die Wunde legt, weil der Innenminister Geld nicht nur für Ausrüstung, sondern auch mal für die Menschen bei der Polizei ausgeben soll, weil... Viele Gründe, ganz viele Gründe.

Wahlbeteiligung möglichst noch steigern

Unter Leitung von Michael Maatz hat bei der GdP jetzt eine Lenkungsgruppe mit den Vorbereitungen für die Wahl im kommenden Mai begonnen. Es geht um Inhalte und Forderungen, Motto und Logo und vieles mehr. Wir halten Euch auf dem Laufenden!

Ein wichtiges Anliegen wird sein, die Wahlbeteiligung hochzuhalten, möglichst noch zu steigern. Bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 2021 lag sie bei 67 Prozent. „Ich bin fest davon überzeugt: Da ist noch mehr drin“, sagt Maatz. Er appelliert an alle Kolleginnen und Kollegen, im Mai wählen zu gehen: „Es geht um Euch, die Polizei als Euren Arbeitsplatz, um Eure Zukunft!“

Holger Dumke

Ganz NRW ist Grün!

Bei der Personalratswahl vom 3. – 7. Mai 2021 hat die GdP in allen 47 Kreispolizeibehörden, im LKA, LZPD und LAFP die Mehrheit der Sitze gewonnen. Damit hat sie das hervorragende Ergebnis der vorausgegangenen Personalratswahlen noch einmal getoppt.



ZA: Nachwuchs in den Startlöchern

Neben den Kolleginnen und Kollegen aus dem Vollzugsbereich startet in diesen Tagen auch eine weitere Beschäftigungstengruppe in den dienstlichen Alltag: die frischgebackenen Regierungsinspektoren. Dass die Polizei NRW die Nachwuchskräfte selbst ausbildet, war allerdings nicht selbstverständlich. Bis zum Jahre 2019 erfolgte die Ausbildung der Verwaltungskräfte bei den Bezirksregierungen des Landes. Dann erfolgte, auch auf Druck der GdP, die Grundsatzentscheidung, die Ausbildung auch zur Polizei NRW und in die Kreispolizeibehörden zu verlagern.

Ein guter Schritt, wie sich heute zeigt. Die Regierungsinspektoren lenken mit

ihrem Fachwissen die Verwaltungsprozesse, die die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen aus dem Vollzugsbereich ermöglichen. Ein besonderer Mehrwert entsteht, weil die Anwärter dabei den Apparat Polizei „von der Pike auf“ erlernen. Ein Fachwissen, welches sonst erst mühsam über viele Jahre erarbeitet werden muss.

Die Unterstützung wird dabei in den Direktionen ZA des Landes dringend benötigt. Gerade weil es immer schwieriger wird, den Personalbedarf zu decken, leisten die eigenen Nachwuchskräfte einen unverzichtbaren Beitrag zur Leistungsfähigkeit der Direktionen ZA. Für die GdP ist

aber auch klar: Stimmen die Rahmenbedingungen perspektivisch nicht, tritt fast zwangsläufig der häufig zitierte „Heldenklau“ ein: Top qualifizierte und ausgebildete Kräfte orientieren sich in andere Richtungen um. In welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht, hat der Arbeitskreis ZA der GdP dabei in einem detaillierten Papier festgehalten.

Wir bleiben auch bei diesem Thema am Ball, denn es ist vollkommen klar: Die Polizei funktioniert nur als Gesamtkonstrukt. Den neuen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir einen guten Start in die Funktion.

Ertugrul Ulas



Halt! Die Pläne für eine Entnahme aus dem Pensionsfonds ab 2024 kamen uns zu überraschend und zu plötzlich. GdP und DGB erreichten eine Anhörung im Landtag. Foto: Sven Vüllers/GdP

Pensionsfonds: GdP und DGB erreichen Anhörung im Landtag

Vor einigen Wochen überraschte die Landesregierung mit der Ankündigung, dass sie die Voraussetzungen für eine Entnahme aus dem Pensionsfonds ab dem Jahr 2024 schaffen und zugleich das Einzahlen einstellen will. Der böse Verdacht: Kann es sein, dass der auf 13,1 Milliarden € angewachsene Fonds Begehrlichkeiten weckt? Die Zeiten für einen Finanzminister sind nicht einfach ...

Gemeinsam mit dem DGB hat die GdP eine Anhörung im Landtag erreicht. Und da ist die GdP im vergangenen Monat sehr deutlich geworden. Sie hat daran erinnert, dass der Fonds „nicht irgendein Sondervermögen ist, mit dem auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse Spielräume im Landeshaushalt eröffnet werden können“.

Vorhaben nicht im Beirat vorgestellt

Fürs Jahr 2024 geht es laut Gesetzentwurf um eine Summe von über 540 Millionen € – 343 Millionen, die die Landesregierung entnehmen will, und 200 Millionen, die nicht mehr eingezahlt werden sollen. Vermisst hat die GdP im Gesetzentwurf eine strenge Zweckbindung für die Entnahme der Gelder. Sie stellt auch fest, dass das Vorhaben nicht im Vorfeld im Beirat des Fonds vorgestellt wurde.

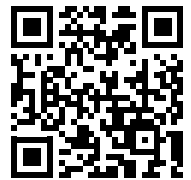
Der Fonds dient allein „der Abfederung demografischer Effekte bei der Bedienung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Beamtinnen und Beamten“. Die GdP wird scharf darauf achten. Das aktuelle Vermö-

gen relativiert sich beim Blick auf jährliche Pensionsverpflichtungen von 9,1 Milliarden € sehr schnell.

Eine Einstellung der Mittelzuführung hält die GdP für falsch und mindestens fahrlässig. Die Leistungsfähigkeit des Fonds würde gefährdet. Für die GdP steht fest, dass die Zuführungen immer den Besoldungsverzicht der Beamtinnen und Beamten aufwiegen müssen – laut GdP-Berechnungen eine Summe von rund 600 Millionen €. ■



Die ganze Stellungnahme unter gdp-nrw.de/Aktuelles/Positionen.



Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Holger Dumke (V.i.S.d.P.)
Imsef Bakir
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
holger.dumke@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 7. November.

Dem Winter entfliehen?

Das geht!

Rufen Sie in uns an,
wir finden das passende Reiseziel für Sie.

*Unser Team
braucht Unterstützung.
Wir suchen eine
Touristikfachkraft (m/w/d)
für unser Büro in Düsseldorf.*



GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im September erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 38467, LKA NRW
45 33190, Bonn
45 98784, Selm

Sebastian Schmidt liest „Der Killer von Köln“

Die Krimi-Lesung ist ein beliebter Klassiker im GdP-Eventkalender: Am Mittwoch, 15. November 2023, sind wir wieder im „Roadstop“ in Mettmann zu Gast. Sebastian Schmidt liest aus seinem aktuellen Buch „Der Killer von Köln“ (Emons-Verlag). Ein Journalist gerät ins Visier eines Mörders. „Es ist auch ein Roman über journalistische Ethik und ihre Grenzen“, sagt Schmidt. Der 38-Jährige ist selbst viele Jahre als Journalist tätig gewesen.

Der gebürtige Rheinländer lebt schon lange und gerne in seiner Wahl-



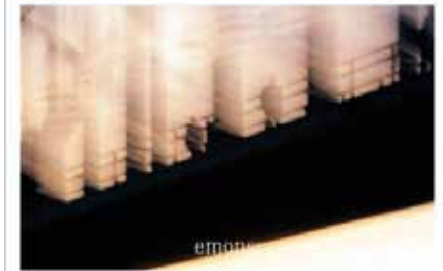
heimat Köln. „Der Killer von Köln“ ist sein Krimidebüt, Sebastian Schmidt hat zuvor auch ein Kinderbuch veröffentlicht. Nur damit keine Missverständnisse aufkommen: „Der Killer von Köln“ ist definitiv nichts für Kinder, der Mann kann Spannung ...

Die Lesung beginnt um 18 Uhr, Einlass ist eine Stunde früher. Karten zum Preis von acht Euro (inkl. Fingerfood) sind unter petra.neumann@gdp-nrw.de oder (0211) 2910113 erhältlich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. ■



SEBASTIAN SCHMIDT
DER KILLER VON KÖLN

Kriminalroman



„Der Killer von Köln“ ist Sebastian Schmidts Krimidebüt.

Fotos: Emons Verlag

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68



GdP aktiv

20.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 17:30 Uhr, Kaisersaal, Königstraße 155, 32427 Minden

16.11., Jubilarehrung der Kreisgruppe Dortmund, 16 Uhr, Restaurant der Kleingartenanlage „Im Justenkamp“, Nortkirchenstr. 22, 44263 Dortmund

04.12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Düren, 14 Uhr, Landwirtschaftskammer, Rütger-von-Scheven-Straße 44, 52349 Düren